

Mehr Mut - für Europa!

VON JAN DREBES

Emmanuel Macron hat es geschafft, während seines Staatsbesuchs in Deutschland Begeisterung für Europa auszulösen. Dass der französische Staatspräsident seine bemerkenswerte Dresdner Rede, die in weiten Teilen seiner „Ruckrede“ an der Pariser Universität Sorbonne Ende April glich, mit reichlich Pathos auflud – geschenkt. Vielleicht hat es ja geholfen, Menschen für die Europawahl zu mobilisieren und ihnen zu verdeutlichen, welchen Wert sie an diesem freien, demokratischen, wohlhabenden Europa haben. Zugleich fällt es schwer, sich vorzustellen, dass es Bundeskanzler Olaf Scholz gelungen wäre, mit einer Rede zum selben Thema eine ähnliche Stimmung zu erzeugen. Es liegt eben auch daran, wer sie hält und wie. Vielleicht klappt es deswegen nicht so recht zwischen Emmanuel Macron und Olaf Scholz. Doch angesichts der vielen Probleme und Herausforderungen geht es um viel mehr als um Harmonie zwischen einem Staatsoberhaupt und einem Regierungschef. Scholz und Macron sind zur Zusammenarbeit verdammt.

Da schmerzt es umso mehr, wenn nach den vielen schönen Bildern und den zuversichtlichen Worten der vergangenen Tage nun schnell wieder deutlich wird, dass Scholz und Macron oftmals nicht auf einer Linie sind. Zwar wollen beide eine Neuausrichtung des Haushalts der Europäischen Union. Doch schon in der Handelspolitik sind sie uneins. Und insbesondere in der von Macron so hervorgehobenen Verteidigungspolitik gibt es schon seit sehr vielen Jahren Frust in Frankreich wie in Deutschland. Nach dem Staatsbesuch dürfte angesichts des deutsch-französischen Ministerrats in Meseberg daher rasch wieder politischer Realismus vorherrschen. Es wäre wünschenswert, wenn Scholz und Macron mal einen wirklich mutigen Schulterschluss ohne Sticheleien im Klein-klein wagen, um Europas Probleme anzugehen.

Eigentum verpflichtet - auch bei Galeria

VON GEORG WINTERS

Die erste Reaktion ist – mal wieder – Aufatmen. Vor allem darüber, dass zumindest vorläufig mehr als 11.000 Stellen bei Galeria gerettet werden. Die Belegschaft, die nach der erneuten Schließungswelle übrig bleibt, ist der Teil des Unternehmens, der unter den vielen Krisen am meisten gelitten und es daher am ehesten verdient hat, eine Perspektive zu bekommen. Aber gibt es die wirklich? Alles, was man bisher über das Konzept der neuen Investoren hört, klingt mehr nach Worthülsen als danach, dass Galerias Geschäftsmodell neu erfunden wird. Investor Bernd Beetz hat bei seiner Vorstellung von „operativer Exzellenz“ gesprochen, davon, dass man „Erlebniswelten kreieren“ müsse, von der „Liebe zum Warenhaus“ und von der „Seele der Innenstädte“. Nicht eine Vokabel davon war neu, und alle, die vorher schon solche Phrasen gedroschen haben, haben nicht verhindern können, dass Galeria ein Dauerpatient geblieben ist, der nie staatliche Hilfen hätte kassieren dürfen.

Operative Exzellenz? Ein Anspruch mit Selbstverständlichkeit. Seele der Innenstädte? Ein Relikt der Vergangenheit. Erlebniswelten kreieren – wie soll das gehen ohne neues Personal? Galeria hat keine Chance, wenn Beetz' Partner Richard Baker die Besonderheiten des deutschen Einzelhandels so ignoriert, wie er es vor Jahren beim Kaufhof getan hat, und wenn die neuen Investoren nur 100 Millionen Euro in die Modernisierung der Warenhäuser stecken. Mehr als 60 davon sind sanierungsbedürftig, ohne Milliardeninvestitionen ist der nächste Kollaps nur eine Frage der Zeit. Soll Galeria Erfolg haben, müssen die neuen Eigner das verinnerlichen, was Nicolas Berggruen und René Benko nie verstanden haben oder verstehen wollten: dass Eigentum verpflichtet und dass Eigentum an einem Unternehmen mit Tausenden Beschäftigten auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung beinhaltet.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Im britischen Wahlkampf ist der qualvolle Austritt aus der EU kein Thema mehr - zu groß ist der Verdross, zu massiv das Trauma. Und wer in Deutschland den „Dexit“ will, sollte auf die desolante Bilanz im Königreich schauen.

Bloß nicht über den Brexit reden

VON JOCHEN WITTMANN

Das B-Wort scheint tabu. Über den Brexit will im Vereinigten Königreich keiner mehr reden. Das Land wird am 4. Juli ein neues Parlament wählen, aber der Brexit spielt im Wahlkampf nicht die geringste Rolle. Beide großen Parteien, die Konservativen ebenso wie Labour, vermeiden, das Wort auch nur in den Mund zu nehmen. Selbst die Liberaldemokraten, die sicher nicht die Gewinner der Wahl sein werden, versuchen nur zaghaft, mit proeuropäischer Rhetorik zu punkten. Die Briten wollen nichts mehr vom Streit um den EU-Austritt hören. Sie sind zu traumatisiert von den Brexit-Wirren der Jahre 2016 bis 2019, als dass sie dieses Fass noch einmal aufmachen wollen.

Das ist kein Wunder, wenn der Brexit hauptsächlich mit negativen Nachrichten verbunden wird. Anfang des Jahres, auf den Tag genau vier Jahre nach dem offiziellen Austritt, führte die britische Regierung neue Warenkontrollen ein. Für den Import von Fleisch-, Milch- und Pflanzenprodukten aus der EU wurden Gesundheitszertifikate notwendig, die von einem Veterinär unterzeichnet werden müssen. Damit wurde eine neue Handelshürde aufgerichtet. Ende April trat eine zweite Stufe mit Stichproben und Lkw-Kontrollen in Kraft.

Nach Schätzungen der britischen Regierung dürften die Maßnahmen Kosten für den Handel von 330 Millionen Pfund jährlich (knapp 390 Millionen Euro) und einen Anstieg der Inflation um 0,2 Prozentpunkte verursachen. Eine Studie von Allianz Trade sprach von Kosten von zwei Milliarden Pfund. Es ist ein Schnitt ins eigene Fleisch, aber der Brexit verlangt es. Seit Anfang 2021, als die Übergangsphase endete, hatten es die Briten aufgrund der Störung für den Warenverkehr fünfmal vermieden, diese Kontrollen einzuführen, die frei-

lich von der EU in der Gegenrichtung sofort verfügt wurden. Jetzt wurden sie nötig, so London, um die nationale Biosicherheit zu schützen und faire Rahmenbedingungen für britische Exporteure zu schaffen.

Wenn eine AfD-Politikerin wie Alice Weidel vom „Dexit“ schwärmt, dem deutschen EU-Austritt, sollte sie sich das britische Beispiel anschauen. Genutzt hat der Brexit dem Land wenig, geschadet hat er ihm dagegen sehr. Die Bilanz sieht nicht gut aus: vor allem weniger Wachstum und weniger Investitionen. Das Office for Budget Responsibility schätzt, dass die Einbußen für das Bruttoinlandsprodukt langfristig vier Prozent betragen. Eine Studie des Instituts Cambridge Econometrics bezifferte die bisherigen Kosten des Brexits für die Volkswirtschaft auf 140 Milliarden Pfund, umgerechnet 164 Milliarden Euro. Dazu kommt, dass es mit dem Wegfall der Freizügigkeit neue Beschränkungen für Briten gibt, wenn sie in die EU reisen, dort arbeiten oder studieren wollen. Musiker-Tourneen wurden ebenso wie der Schüleraustausch massiv erschwert. Aber immerhin haben die Brexit-Fans jetzt einen Pass in der ursprünglichen Farbe Dunkelblau, wenn sie sich in der Schlange bei der EU-Einreise anstellen müssen.

Allzuvielen von diesen Brexit-Fans gibt es aber gar nicht mehr. Umfragen zeigen, dass nur noch 31 Prozent der Briten die Entscheidung für richtig halten. Bei den Hardlinern ist es wie beim Sozialismus: Die Idee ist gut, meinen sie, aber die Umsetzung nicht. Für sie war die nationale Souveränität sowieso immer wichtiger als das Bruttoinlandsprodukt. Auch hatten sie gehofft, dass mit dem Versprechen von Boris Johnson, „die Kontrolle zurückzugewinnen“, verbunden war, dass die Einwanderung ins Königreich stark zurückgehen würde. Das Gegenteil war der Fall: Nach dem Brexodus von Hunderttausenden Europäern

INFO

Den Konservativen droht ein Debakel

Termin Der britische Premierminister Rishi Sunak hat in der vergangenen Woche den 4. Juli als Termin für die Parlamentswahl bekannt gegeben. Die Parteien können ihre Kandidaten bis zum 7. Juni ernennen. Das britische Parlament zählt 650 Abgeordnete. Seit 14 Jahren haben die Konservativen die Mehrheit. Derzeit aber liegen die Tories in Umfragen weit hinter der Labour-Partei.

Tories Immer mehr Abgeordnete der konservativen Regierungsfraktion kündigen nun ihren Abschied aus der Politik an. Kurz nach Sunaks Bekanntgabe erklärte das langjährige Kabinettsmitglied Michael Gove, nicht noch einmal antreten zu wollen. Neben Gove verlassen auch viele andere frühere Regierungsmitglieder das Unterhaus, darunter Ex-Premierministerin Theresa May und Ex-Verteidigungsminister Ben Wallace. Insgesamt wollen knapp 80 Tory-Abgeordnete nicht mehr antreten.

Labour Ex-Chef Jeremy Corbyn tritt als unabhängiger Kandidat an. Corbyn sitzt seit 2020 als Unabhängiger im Parlament, nachdem die Partei ihn wegen Antisemitismus-Vorwürfen suspendiert hatte. (afp/dpa)



Premierminister Rishi Sunak unterwegs im Wahlkampf. FOTO: AP

herrschte ein Mangel an Arbeitskräften, sei es im Gesundheitssektor oder in der Gastronomie, und die Regierung setzte auf massenhafte Einwanderung, um die Wirtschaft zu stützen. Im Jahr 2022 erreichte die Nettozuwanderung die Rekordzahl von 745.000 Menschen. Kein Wunder, dass die Brexit-Befürworter enttäuscht sind.

Nach dem jahrelangen Streit um den Brexit wollen die Menschen im Königreich davon nichts mehr hören. Themen wie die Lebenshaltungskostenkrise oder die Inflation sind den Leuten wichtiger, wie das Meinungsforschungsinstitut Ipsos herausfand, als Europa oder der EU-Austritt. Das halten gerade einmal fünf Prozent der Briten noch für relevant. Und das ist auch verständlich. Denn so schlecht es auch gelaufen sein mag mit dem Brexit, so wenig ist an der misslichen Lage zu ändern.

Im Grunde wurde das Thema schon mit der letzten Wahl beerdigt. 2019 gewannen die Konservativen unter Boris Johnson mit dem Slogan „Den Brexit liefern“. Labour fuhr das schlechteste Ergebnis seit 1935 ein. Der neue Parteichef Keir Starmer zog die Konsequenzen und verpflichtete Labour auf einen Kurs, der den Brexit nicht rückgängig, sondern erfolgreich machen soll. Eine Rückkehr des Königreichs in die Zollunion oder den Binnenmarkt schloss er aus. Das bedeutet, dass Labour, sollte es wie erwartet die Wahl gewinnen, kein Mandat hat, um den Brexit in seiner jetzigen harten Form rückgängig zu machen. Allenfalls sind vorsichtige Annäherungsversuche wie ein Veterinärabkommen oder dergleichen zu erwarten.

Erst wenn Labour in einem zukünftigen Wahlprogramm eine proeuropäische Strategie verspricht (und damit gewinnt!), könnte sich die Situation ändern. Soll heißen, frühestens mittelfristig, in zehn Jahren etwa, würde eine Labour-Regierung es vielleicht wagen, noch einmal die Frage zu stellen: Draußen oder drinnen? Bis dahin muss man mit den Handelshürden und all den anderen Malaisen weiterleben.

WISSENSDRANG

Vor Kurzem hat der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Haftbefehle gegen drei Hamas-Führer, aber auch gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und gegen dessen Verteidigungsminister Joav Galant beantragt. In der deutschen Presse löste das Empörung aus, weil Israel „praktisch auf dieselbe Stufe gestellt wird wie die Hamas, deren Verbrechen am 7. Oktober die Ursache für den Krieg sind“ (so zum Beispiel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“). Ein Gericht dürfe die Unterschiede zwischen dem angegriffenen demokratischen Staat und einer islamistischen Terrorbande nicht übersehen. Nun kann man sich fragen, warum die Anklage gegen Israel so schnell kam, während es über ein Jahr dauerte, bis

Solidarität, aber richtig

Israel darf sich verteidigen. Das macht eine Anklage jedoch noch nicht illegitim.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Wladimir Putin wegen eines Nebenanklages seiner Kriegsverbrechen angeklagt wurde. Politischer Druck? Jedoch kann man einem Gericht schwerlich vorwerfen, eine Augenbinde zu tragen. Sollte für ein internationales Gericht nicht gelten, was für ein nationales Gericht gilt? Der Ankläger hat keineswegs übersehen, dass es sich um unterschiedliche Taten handelt, sondern ganz unterschiedliche Anklagen formuliert. Der Hamas-Führung werden unter anderem Mord, Vergewaltigung, Folter und Geiselnahme als Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Der israelischen Seite werden unter anderem das Aushungern von Zivilisten, willkürliche Tötungen und gezielte Angriffe auf Zivilisten vorgeworfen. Zwar kennt auch das Völkerrecht das Recht auf Selbst-

verteidigung, aber es erlaubt ebenso wenig wie das deutsche Strafrecht beliebige Maßnahmen.

Niemand würde sich aufregen, wenn ein Juwelier wegen fahrlässiger Tötung angeklagt würde, weil er bei der Verfolgung einer Räuberbande, die sein Geschäft überfallen und Geiseln genommen hat, in die Menge schießt, in der die flüchtenden Räuber untergetaucht sind. Ob das Vorgehen Israels völkerrechtswidrig ist, muss noch bewiesen werden. Aber die Tatsache, dass das Land ein Recht auf Verteidigung hat, macht eine Anklage noch nicht illegitim.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.